



StopEPA-Kampagne fordert Rücknahme der Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern

Am 23. Mai 2008 hat die StopEPA-Kampagne eine bundesweite Postkarten-Aktion gestartet. Engagierte Bürgerinnen und Bürger können eine Stop-EPA-Postkarte an ihre Abgeordnete bzw. ihren Abgeordneten im Deutschen Bundestag schicken und ihn oder sie dazu auffordern, sich für eine Änderung der bisherigen EU-Freihandelsabkommen mit den Entwicklungsländern einzusetzen.

Die bisher vereinbarten Abkommen machen eine nachhaltige und demokratische Entwicklung für die armen Länder quasi unmöglich, da sie die Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP) zu einer umfassenden Marköffnung verpflichten, die verheerende Auswirkungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Menschenrechte haben wird. In den kommenden Verhandlungen strebt die EU noch weitere Liberalisierungsmaßnahmen an.

"StopEPA fordert, die bislang vereinbarten Abkommen zurückzunehmen und durch bereits ausgearbeitete Handelsalternativen zu ersetzen", erklärt Kerstin Lanje von Germanwatch. Aufgrund der Drohung der Europäischen Kommission, die Einfuhrzölle ab 2008 zu erhöhen, sahen sich viele AKP-Staaten genötigt, den bisherigen Zwischenabkommen zuzustimmen - mit verheerenden Konsequenzen. Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland müssen bis 2010 für 86 Prozent ihrer Importe die Zölle auf Null senken. "Der Verlust von Zolleinnahmen reißt große Löcher in die Staatskassen. Viele Staaten werden dadurch ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. Kamerun verliert beispielsweise bis zu 20 Prozent seiner Staatseinnahmen", erläutert Frauke Banse von Attac. Über 170 Organisationen in der EU und den AKP-Staaten unterstützen die StopEPA-Kampagne; in Deutschland u.a. Attac, FIAN Deutschland, Germanwatch, issa, Kirchliche Arbeitsstelle

Südliches Afrika (KASA), Koordination Südliches Afrika (KOSA), Netzwerk Afrika Deutschland (NAD), Oxfam Deutschland, terre des hommes und Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (Weed).

Die StopEPA-Aktionspostkarten können bei KOSA bestellt (E-Mail: post@stopepa.de, Tel.: 0521-9864851) oder im Internet unter www.stopepa.de heruntergeladen werden. Machen Sie mit und schicken Sie eine Postkarte an den Abgeordneten oder die Abgeordnete Ihrer Region.

Weitere Informationen bei Dieter Simon, KOSA, Tel. 0178-3488719 oder unter www.stopepa.de.

Offener Brief des Zimbabwe-Netzwerks an die SADC-Staaten

Das Zimbabwe-Netzwerk hat am 23. Mai 2008 an die Regierungen der Staatengemeinschaft des Südlichen Afrika SADC appelliert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um einen fairen und freien Wahlgang bei den Stichwahlen in Simbabwe (27. Juni) zu garantieren, wie es den Prinzipien und Richtlinien der SADC entspreche. Der offene Brief wurde an die Botschaften der Staaten in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten versandt. Das Netzwerk zeigt sich besorgt um die Gewalt nach den Märzahlen, die überwiegend von der Regierungsseite ausgeübt wird, und fordert ihr umgehendes Ende und eine Bestrafung der Täter. Das Zimbabwe-Netzwerk hält es für unumgänglich, "dass die SADC die vorgesehene Gruppe von Wahlbeobachtern zum frühest möglichen Zeitpunkt nach Simbabwe entsendet, damit sie bereits die Vorbereitungen auf die Wahl beobachten und feststellen können, ob tatsächlich Gewalt und Einschüchterungen im Vorfeld der Wahlen aufhören. Nach den Erfahrungen bei der Wahl am 29. März ist es weiterhin notwendig, dass diese Wahlbeobachter auch nach dem Wahltag mindestens bis zur Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses tätig bleiben."

weitere Infos:
www.zimbabwenetzwerk.de

Termine:

Simbabwe – zwischen Aufbruch und Zusammenbruch

11. bis 13. Juli 2008

Landeszentrale für Politische Bildung, Bad Urach

Das von INISA und dem Zimbabwe-Netzwerk gemeinsam veranstaltete Seminar findet zwei Wochen nach den Stichwahlen zum Präsidentenamt in Simbabwe statt. Nach einem Überblick über die jüngsten Entwicklungen und einer Bestandsaufnahme der humanitären Krise sowie der Bilanz der Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber Simbabwe folgt abschließend eine Analyse der europäischen Zivilgesellschaft und den Konsequenzen daraus für die künftige Simbabwearbeit.

Nähere Informationen:

www.hausaufderalb.de

Hinweis:

Die April/Mai-Ausgabe von *afrika süd* enthält einen Schwerpunkt zu den Märzahlen in Simbabwe, die Juni-Ausgabe zur Fremdenfeindlichkeit in Südafrika. Auch der jüngste *Zimbabwe-Rundbrief* befasst sich mit den Wahlen in Simbabwe.

Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Hein Möllers, Lothar Berger

Koordination:

Christoph Beninde

Redaktionsschluss:

10.06.2008

Druck:

KDR, Bielefeld

INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

Neue Hoffnung für Khulumani Aktionärsversammlungen in Zeichen Südafrikas

Das Oberste Gericht der USA sah sich außerstande, einen Einspruch gegen die so genannte Khulumani-Klage zu behandeln. Damit ist der Weg wieder offen für die Verhandlungen in der Sache am New Yorker Bezirksgericht.

Fast schien es, als hätten die Richter des *Supreme Court* in den USA gewusst, wann die Aktionärsversammlungen in Deutschland stattfinden. Auch wenn dies keineswegs so war, kam die Entscheidung gerade recht, um die jährlichen Hauptversammlungen (HV) von Deutscher Bank und Commerzbank noch zu Stellungnahmen und Fragen zu nutzen. Hintergrund ist der jahrelange Rechtsstreit zwischen *Khulumani*, der Organisation der Apartheidopfer, und den 23 Weltfirmen, die in den Jahren der Apartheid mit dem Regime in Südafri-

ka zusammengearbeitet haben. Der Streit hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Im September 2007 hatte das Berufungsgericht entschieden, dass die Klage angenommen werden muss. Erster Sieg in einer langen Etappe. Dies wollten die Unternehmen aber keineswegs hinnehmen und legten im Dezember Einspruch beim *Supreme Court* ein. Dieser erklärte sich am 12. Mai für befähigt, um in der Hauptsache entscheiden zu können. Vier der neun Richter haben entweder Anteile an den beklagten Firmen oder haben verwandtschaftliche Beziehungen, so dass ihnen eine Entscheidung unmöglich war. Nun ist der Weg frei für eine Entscheidung der Erstinstanz. Zweiter Sieg in der langen Etappe. Es geht um viel Geld: 400 Mrd. US-Dollar. Mit Spannung erwarteten die Vertreter

des Dachverbandes der Kritischen Aktionäre die diesjährigen Antworten bei den Aktionärsversammlungen. Sie waren wie erwartet sehr unterschiedlich. Bei der **Rheinmetall-HV** Anfang Mai trug eine Vertreterin des Verbandes vor: „Im Dezember gingen nun die beklagten Firmen zum *Supreme Court*, um diese Entscheidung rückgängig zu machen. Die

Hoffnungszeichen auf Anerkennung des Unrechts und Entschädigungszahlungen, die das Berufungsgericht gesetzt hat, wollen Sie mit Ihrem Gang zum Höchsten Gericht rückgängig machen. Dazu meine Fragen: Welche Strategie verfolgen Sie mit dem Gang zum *Supreme Court*? Wie können Sie die Entscheidung moralisch rechtfertigen, zu Apartheidzeiten einen Staat mit seinen Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen, den Opfern aber jegliche Hilfe zu verweigern?“

Schmallippige Kommentare

Der Vorstandsvorsitzende Klaus Eberhardt antwortete kurz und bündig: „Wir sind vom Gericht in New York gehalten, öffentliche Angaben zu unterlassen. Wir haben keine schriftlichen Eingaben für die Revision gemacht.“ Herr Eberhardt vermied nicht nur ängstlich eine Stellungnahme, er versteckte sich zudem in der Frage der Revisionsentscheidung hinter den anderen Unternehmen. Diese Haltung hatte auch **Daimler** Chef Dieter Zetsche eingenommen: „Keine Aussage.“ Die HV der Allianz/Dresdner wurde dieses Jahr nicht besucht. Nach der Entscheidung des *Supreme Court* sagte *Khulumani*-Vorsitzende Dr. Majorie Jobson: „Die *Khulumani*-Klage gilt als kritischster Testfall weltweit, um globale Standards für ethisches Verhalten zu entwickeln und um eine Kultur der Unternehmensverantwortung zu fördern.“ Bei der HV der **Commerzbank** fragte die Vertreterin der Kritischen Aktionäre: „Warum bringe ich diesen Fall seit



Die Autorin Dorothea Kerschgens (li.) und Julia Kramer, die auf der Aktionärsversammlung der Commerzbank zu Uranwaffen sprach.



Die gestohlenen Wahlen in Simbabwe

Am 29. März 2008 fanden in Simbabwe Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Da kein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, kommt es am 27. Juni zu einer Stichwahl.

Das wochenlange Gerangel um die Bekanntgabe der Ergebnisse und die das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen mutmaßliche Oppositionswähler weckt Befürchtungen um den zweiten Wahlgang. Der Ausgang ist trotz zahlenmäßigem Vorsprung des Oppositionskandidaten offen. Hoffnung dagegen machen mutige Stimmen im In- und benachbarten Ausland, vor allem aus Südafrika.

Doch muss man diesen Hoffnungsschimmer gleich gewaltig relativieren, seit Mitte Mai in den südafrikanischen Townships Bewohner Jagd auf ihre Nachbarn und „Konkurrenten“ vor allem aus Simbabwe und Mosambik machten. Die Pogrome eskalierten in der zweiten Maihälfte.

Die Gewalt der Menschen zeigt die Brisanz dieses Pulverfass Simbabwe für die Regenbogennation Südafrika, die so sehr auf ihr internationales Renommee vor der Fußball-WM 2010 achten muss.

Bei den Parlamentswahlen in Simbabwe hat die nun wieder geeinte Opposition *Movement for Democratic Change* (MDC) die absolute Mehrheit geholt (in drei Wahlkreisen muss noch nachgewählt werden, da dort Kandidaten verstorben sind). Die Zahlen der Präsidentschaftswahlen sind da nicht so eindeutig:

Offizieller Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen

Tsvangirai:	47,9 Prozent
Mugabe:	43,2 Prozent
Makoni:	8,3 Prozent
Towungana:	0,6 Prozent

Parlamentswahlen:

MDC – (wieder geeint):	109 Mandate
Zanu PF:	97 Mandate
Unabhängiger - J.Moyo	1 Mandat

Die MDC mit Morgan Tsvangirai hatte schon wenige Tage nach den Wahlen eine knappe absolute Mehrheit proklamiert. Das ZESN (unabhängige Wahlbeobachter) hatte stattdessen lediglich 48,3 Prozent für den MDC-Kandidaten publiziert, zu wenig für einen Sieg im ersten Wahlgang. Nach wochenlangem Gezerre, Vorwürfen der Stimmenfälschung – überraschenderweise auch von Mugabes Seite -, nach Nachzählungen, Verhaftungen und Folterungen wurde schließlich dieses Ergebnis auch von Mugabes Regierung als amtlich akzeptiert.

Mugabe schlägt zurück

Heftige Zweifel bleiben, schwerer wiegt jedoch, dass Mugabe auf seine bekannte Art die Zeit zur intensiven Vorbereitung auf den nächsten Wahlgang nutzte: Zensur, Folter, Einschüchterung und schon im Vorfeld intensive Einflussnahmen auf ein „korrektes“ Wahlverhalten besonders auch in den Wahlbezirken, die erstmalig an die MDC gefallen waren. Eine bisher nicht gekannte „Gewalt“ verschärft das Flüchtlingsproblem. Die BBC berichtet von 40.000 Farmarbeitern und ihren Familien, die vertrieben wurden oder aus Furcht ihre Häuser und Hütten verlassen hätten und nun auf anderen Farmen oder einfach am Straßenrand ausharren. Im gleichen Bericht wird ein südafrikanischer Beobachter zitiert, der wegen der Gewalt vor einer Durchführung der Stichwahl warnt.

Das Regime setzt alles daran, den Sieg mit allen Mitteln der Repression und Manipulation zu sichern. Mugabe wird die Opposition kein zweites Mal unterschätzen, zumal sie jetzt geschlossen antritt. Und ein weiterer Faktor, der zum Sieg der Opposition beigetragen hat, wird diesmal ausfallen: Tsvangirai wird nicht noch einmal ähnliche Möglichkeiten der Wahlkampfführung erhalten. Er selbst traute sich nach Morddrohungen erst Ende Mai wieder nach Simbabwe zurück.

Christoph Beninde

Wut und Verzweiflung in Südafrikas Townships

In der zweiten Maihälfte kamen Schreckensbilder aus Johannesburg, Durban und anderen Großstädten Südafrikas. Treibjagden auf schwarzafrikanische Einwanderer waren zu sehen, geplünderte Läden und zerstörte Townships. Ein hilfloser Mann wird vom Mob auf eine Matratze gezwungen, mit Benzin übergossen und verbrannt. Szenen, die an die Jahre der Apartheid erinnern.

Tausende fliehen in Todesangst in Kirchen und Polizeistationen vor dem Mob. Die Täter zielen vor allem auf Menschen aus Simbabwe, die im Nachbarland Zuflucht gesucht haben. Sie sind in einer verzweifelt Lage. Dem Regime des Diktators Mugabe sind sie entronnen, nun droht ihnen in Südafrika erneut Lebensgefahr. Über 60 Flüchtlinge wurden ermordet. Mehr als 80.000 sind Hals über Kopf geflohen; Zigtausende wissen nicht, wohin.

Erstmals seit dem Ende der Apartheid mussten Streitkräfte im Innern eingesetzt werden. Im Grunde hätte die Regierung den Notstand ausrufen müssen; zwei Jahre vor der Fußballweltmeisterschaft ein fatales Signal.

Der Schock, der diesen Ereignissen folgte, sagt mehr über Staat und Regierung aus, als über die Ereignisse selbst. Jahr für Jahr hat es mehr als 10.000 soziale Proteste und Aufmärsche gegeben, viele waren gewalttätig. In den letzten drei Jahren hat sich ihre Zahl verdoppelt. Die Demonstrationen

richteten sich gegen korrupte Beamte und Politiker, die in den Townships am Rande der Stadt, in den Slums und auf dem platten Lande die Armut verwalteten. Die Polizei hat alle diese Demonstrationen penibel aufgelistet und gemeldet, ohne bei der Regierung auf Resonanz zu stoßen oder das Bewusstsein der behüteten Mittelklasse zu erreichen.

Die Pogrome werfen ein Schlaglicht auf die Kehrseite der modernen Wirtschaft, in der der Wettlauf nach Jobs und den Grundgütern des täglichen Lebens den Alltag der Menschen absolut bestimmt und in der die Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe fürs Überleben notwendig ist.

Doch die Exzesse kann man nicht auf Armut und Elend, auf einen Verteilungskampf reduzieren. Sie werfen ein Licht auf die Anarchie und Rechtlosig-



Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 24. Mai in Johannesburg. Foto: Stefanie Knoll

keit in den Townships. Die Menschen sind verroht. Das Leben zählt nicht viel, daran hat sich seit der Apartheid kaum etwas verändert. Der äußere Feind ist nicht mehr da, die Gewalt richtet sich nach innen.

Zeitgleich durchläuft die südafrikanische Gesellschaft einen tiefgreifenden Transformations- und Modernisie-

rungsprozess. Die schwarze Ober- und Mittelschicht wächst. Die Einkommensunterschiede zwischen Weiß und Schwarz sind geringer geworden.

Doch die Wohlstandskluft innerhalb der schwarzen Bevölkerung hat dramatisch zugenommen. Offiziell sind 40 Prozent arbeitslos. Sie fühlen sich von der Regierung betrogen. Die Menschen in den Townships fühlen sich von Mbeki allein gelassen mit Wohnungsnot und Kriminalität, mit Arbeitslosigkeit und zerrütteten Familien, die in den Jahrzehnten der Apartheid zerstört wurden.

Auch jetzt lässt der Staat die Opfer weitgehend alleine. Mosambik hat längst den Notstand ausgerufen, um seine Bürger aus Südafrika zu retten, und Busse organisiert, um die Verfolgten nach Hause zu holen. Über 30.000 sind bislang nach Mosambik zurückgekehrt. Es sind vor allem Freiwillige und Hilfsorganisationen, die den Gejagten beistehen.

Mbeki hat sich bisher in keinem der Brennpunkte sehen lassen, um den Opfern zuzusprechen und sich selbst ein Bild zu machen von der Wut, der Zerstörung und dem Leid, das Südafrikas Armenviertel erfasst hat. Erst zur Feier des jährlichen Afrikatages am 25. Mai hat Mbeki in einer Fernsehansprache die Übergriffe scharf verurteilt und als absolute Schande und barbarische Akte bezeichnet. Sie hätten Südafrikas Image geschädigt. Er wies darauf hin, dass ohne Hilfe der Nachbarländer Südafrika den Freiheitskampf nicht hätte durchfechten können. Die Irritationen über den entrückten Präsidenten nehmen zu. „Mr. President: Time to go!“ titelte die *Sunday Times* vom 24. Mai.

Es waren Organisationen der Zivilgesellschaft, die gegen die Vertreibung ihrer Nachbarn aufstanden. Mehr als 500 Menschen sammelten sich spontan vor dem Parlament in Kapstadt. Kirchen und Gewerkschaften organisierten Demonstrationen der Solidarität. Es ist höchste Zeit, dass die Regierung handelt und sich des sozialen Notstands in den Townships annimmt.

Hein Möllers

Jahren hier immer wieder zur Sprache? Nicht nur, um die damalige Entscheidung, Kredite, Anleihen und Umschuldung für das Apartheidregime zu geben, zu kritisieren. Es ist mir auch wichtig, klar zu fordern, solche Unterstützung für ein diktatorisches Regime darf nicht sein! Solche Geschäfte zahlen sich nicht aus! Denken Sie als Aktionäre und Sie als Vorstände und Sie als Aufsichtsräte mal moralisch und geschäftlich zusammen. Welche Geschäfte zeitigen kurzfristige Gewinne, haben aber langfristig äußerst negative Folgen?“

Kein Einlenken

Erfreulich offen zeigt sich der scheidende Vorsitzende der Commerzbank, Hans-Peter Müller: Mandela habe 1994 nach der Machtübernahme das Engagement der Commerzbank außerordentlich begrüßt. Die Bank hätte sinnvolle Projekte während der Apartheidzeit finanziert, z.B. die Elektrifizierung in Soweto. Er werde keiner Lösung zustimmen, damit „geldgierige“ Anwälte in New York Unmengen von Geld verdienen. Ja, es habe böse Übergriffe während der Apartheidzeit gegeben. Aber es sei nicht vertretbar, dass Unternehmen in den USA wegen Menschenrechtsfragen angeklagt werden können. „Wir werden aber durch sämtliche Instanzen gehen bei dem Prozess!“

Josef Ackermann von der **Deutschen Bank** erklärte, die Bewältigung der Apartheid sollte nicht vor einem amerikanischen Gericht stattfinden. Diese Haltung teilten auch die südafrikanische, amerikanische, britische und deutsche Regierung. „Der Prozess wird keine Aussicht auf Erfolg haben. Wegen Rückstellungen prüfen wir nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften.“

Dorothea Kerschgens